

Energiewende.

Sind Kompromisse denkbar?

Thesen von Fabian Karsch⁵

Der Antagonismus von Gemeinwohl und Eigennutz kann als krisenhaftes Element demokratischer Prozesse verstanden werden, das es zu überwinden gilt. In soziologischer Perspektive wird jedoch deutlich, dass die dabei zutage tretenden Aushandlungsprozesse für die Integration und Problemlösung in einer liberalen Gesellschaft auch produktiv gelesen werden können. Im Folgenden wird am Beispiel der Energiewende dafür plädiert, die unterschiedlichen Positionen über Ausbauziele und regionale Zumutungen nicht als Schwäche, sondern als Stärke einer demokratischen Kultur des Streits zu interpretieren.

Die Debatte zur Energiewende ist durchdrungen von Erwartungen an unbekanntere Zukünfte. Was wir als Energiewende bezeichnen, ist daher mehr als der Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Energiewende ist ein gesellschaftspolitisches Programm, das als ein „Bewegungsbegriff“ (Koselleck 1989) verstanden werden muss, also als ein „politischer Vorgriff in die Zukunft“, der aber gleichsam zur Mitwirkung an diesem Programm aktivieren soll. Im Sinne einer „ökologischen Modernisierung“ (Hajer 1997) wird von der Energiewende denn auch vieles erwartet: „Energiewende“ steht symbolisch für den Weg in eine nachhaltige, „grüne“ Zukunft, die sie mit den Mitteln hochmoderner Technologien umgesetzt sehen will. Dabei soll sie auch wirtschaftlich und im besten Fall kulturverträglich sein. Erliegen wir einer „Harmonie-Illusion“, wie dies der Soziologe Peter Wehling (Wehling 1992, 236) angesichts früherer Umweltdebatten diagnostizierte? Wie ist mit Ambivalenzen umzugehen? Sind Konflikte überhaupt vermeidbar, sind Kompromisse denkbar?

Die Unordnung der Dinge

Die öffentliche Debatte zeigt: Die Verflechtungen, die den Bewegungsbegriff der Energiewende umgeben, bilden ein komplexes Arrangement aus technologischen, politischen, ökonomischen, sozialen, und kulturellen Zielsetzungen. Diese komplizierten Verbindungen lassen sich darauf zurückführen, dass die Transformation der Energieversorgung von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern Auswirkungen auf die

⁵ Zitationsvorschlag: Karsch, Fabian (2017): Energiewende – Sind Kompromisse denkbar? In: Stephan Schleissing, Andreas Losch, Frank Vogelsang (Hrsg.): Ethische Gegenwartsfragen in der Diskussion, TTNedition 2017, 26–29. Online unter: www.ttn-institut.de/TTNedition [Datum des Online-Zugriffs].

„Funktionsweise“ moderner Gesellschaften insgesamt hat. Gegenwartsgesellschaften sind in allen Bereichen auf die Aufwendung hoher Energiemengen angewiesen: Technische, wirtschaftliche und politische Infrastrukturen benötigen ebenso eine stabile Energieversorgung wie Individuen in ihrer alltäglichen Lebensgestaltung. Dadurch wird die Energiewende zu einem Politikum für jedermann. Und so ist die Energiewende, die einst von einer ökologischen Grundüberzeugung angetrieben wurde, heute ein auch in der breiten Bevölkerung weitläufig anerkanntes politisches Vorhaben, und eines, das gleichsam politische Lager transzendiert. Gerade daraus resultieren neue Ambivalenzen: Die Energiewende ist sowohl das Projekt der Technikbegeisterten, als auch das von Umweltschützern. Atomkraftgegner protestieren unter Umständen gegen Windräder, während sich Konservative für den Ausbau erneuerbarer Energien in ihrer Region einsetzen. Einerseits erscheint die Energiewende als ein in die Zukunft gerichtetes Projekt, zum anderen aktiviert sie jedoch nostalgische Heimatgefühle und regionale Identitäten. Während in ländlichen Räumen eine Zerstörung der Kulturlandschaft durch den Infrastrukturausbau befürchtet wird, erhoffen sich viele gerade dadurch eine Aufwertung ländlicher Räume durch die Erschließung neuer Wertschöpfungsketten. Ferner scheinen sich auch die Verhältnisse zwischen politischer Steuerung, Partizipation und Autonomie neu zu ordnen. Die Dezentralisierung der Energieversorgung bedingt ökonomische und politische Partizipationsprozesse und macht eine Stakeholder-Kommunikation und -Integration zu einem unabdingbaren Bestandteil der politischen Planungsprozesse. Im Zuge der Energiewende soll die Autonomie in der Stromversorgung von individuellen Abnehmern und ganzen Regionen erhöht werden, während die Dezentralisierung gleichzeitig eine bessere Vernetzung des Gesamtsystems notwendig macht.

Man sieht: Die Energiewende entfaltet in ihrer Komplexität eine enorme sozial-transformatorische Kraft, in der sich politische Lager, Ideologien und Ansprüche an technische Innovationen sowie wissenschaftliche Bewertungen zu bisweilen unübersichtlichen Figurationen verbinden. Öffentliche Debatten zur Energiewende changieren dabei zwischen Effizienzdiskursen und Moralisationen, zwischen der Legitimierung von Positionen unter Bezug auf wissenschaftliches „Faktenwissen“ einerseits und der Legitimierung durch Wertebezüge andererseits. Von den Akteuren wird gleichsam ein hohes Maß an Ambiguitätstoleranz erwartet, wenn etwa Landwirte entgegen kultureller Erwartungshaltungen zu Energiewirten werden (müssen), oder Anwohner ländlicher Räume in ein Spannungsfeld zwischen den oft als widersprüchlich erscheinenden Wertimperativen Heimat- und Klimaschutz geraten.

Konflikte als Erwartungsdissens

Kaum jemand ist gegen die Energiewende. Selbst diejenigen, die gegen ihr derzeitiges Voranschreiten protestieren, sind zumeist nicht dagegen, dass die Energiewende vollzogen wird, sondern wie dies geschieht. Konflikte resultieren häufig aus dem für die Energiewende einerseits notwendigen Infrastrukturausbau, der aber andererseits die ungeliebten (Groß-)Technologien sichtbar und erfahrbar macht. Zwischen Bioenergieregion-Idyllen und Techno-society löst Energiewende als Fortschrittsthema einen Erwartungsdissens aus. Konflikte der Energiewende sind mithin als Formen der

Politisierung von Ambivalenzen zu verstehen, die aus als unvereinbar erscheinenden Erwartungen mindestens zweier Parteien resultieren. Konflikte im ländlichen Raum können hier als Beispiel dienen: Ist die Transformation von Heimat und Umwelt, die von vielen Menschen als Bedrohung wahrgenommen wird (Stichwort „Monstertrassen“), einfach hinzunehmen? Ist andersherum Protest gegen ein Fortschrittsprogramm, das für Klimawandel und eine „enkeltaugliche Zukunft“ eintritt, überhaupt legitim?

Partikularinteressen und Gemeinwohl stehen hier nur scheinbar in einem Widerspruch zueinander – sie sind vielmehr im eigentlichen Wortsinne als ambivalent zu verstehen: Gültigkeit kann man beiden Positionen zusprechen. Auf den ersten Blick prallen hier Standpunkte aufeinander, die Ihre Legitimität und Geltung entweder wertrational oder zweckrational begründen. Auf den zweiten Blick wird freilich sichtbar, dass auch die Strategien zur Durchsetzung der Energiewende schon durch ihren Gemeinwohlbezug höchst normativ aufgeladen sind. Die Differenz der Bezüge liegt auf temporaler Ebene verankert. Die hier als Äußerung von Partikularinteressen beschriebenen Bürgerproteste reiben sich an den unmittelbaren Konsequenzen der Energiewende. Die langfristigen Ziele der Reduktion atomarer Risiken und die Erhaltung globaler Lebensräume durch Klimaschutz werden dabei keineswegs abgelehnt. Sie bleiben allerdings abstrakt und lassen sich so nur schwer gegen unmittelbare ästhetische Veränderungen, mutmaßliche gesundheitliche Risiken und eine wahrgenommene Bedrohung kultureller Identitäten aufrechnen. „*Not-In-My-Backyard*“ ist dabei keineswegs eine Position, die keine Kompromisse zulässt: trotz der pejorativen Konnotation des Begriffs des „NIMBY-Bürgers“ ist diesem Standpunkt eine gewisse Kompromissbereitschaft inhärent. „Verschone unser Haus, zünd’ andere an“ – mit dem Sankt-Florians-Prinzip hat der Realbürger, der gegen den Infrastrukturausbau protestiert, wenig gemein. Vielmehr geht es zumeist darum, in Verhandlung zu treten, um Lösungen zu finden.

Ambivalenzen fordern Kompromisse

Die Energiewende als ein von Ambivalenzen geprägter sozialer Prozess, ist auf den Kompromiss als Mittel zur Konfliktbearbeitung angewiesen. Dass in Energiewendefragen häufig vom Recht auf Partizipation gebraucht gemacht wird, macht Kompromisse noch dringlicher. Sozialer Wandel in einer deliberativen Demokratie muss diesen Willen zur Protestbekundung und die öffentliche Verhandlung von Mitteln und Wegen zur Zielerreichung aushalten können – auch wenn diese auf den ersten Blick als Störfaktoren wahrgenommen werden. Die allenthalben zu vernehmende Aufforderung zur „Bürgerenergiewende“ und zu mehr Partizipation kann sich schließlich nicht darin erschöpfen, Maßnahmen zur Akzeptanzbeschaffung durchzuführen. Wenn Versuche der Symmetrisierung politischer Prozesse durch Transparenz, Wissensvermittlung und Mitsprachemöglichkeiten zu mehr Akzeptanz führen, dann ist das positiv zu bewerten. Doch auch dann, wenn Aufklärung und Teilhabeoptionen unter Umständen zu vermehrten Widerständen führen, ist dies als Konsequenz eines echten deliberativen Dialogs hinzunehmen.

Ethische Diskurse tendieren dazu, den Gemeinwohlbezügen einen moralischen Vorteil zuzusprechen, denn Klima-, Umweltschutz und Generationengerechtigkeit werden im Kontext einer Umweltpolitik der Nachhaltigkeit zu unhintergehbaren Zentralwerten. Doch ein „utopisch angereicherter Erwartungsbegriff“ (Koselleck 2006, 68), wie der der Nachhaltigkeit, oder der der Energiewende, ist auf den Kompromiss in der Gegenwart angewiesen. Kompromisse in Energiewendefragen werden sich zunehmend der Vermittlung von unmittelbaren Benachteiligungen Weniger (Partikularinteressen) und den längerfristigen Zielen (Gemeinwohl) widmen müssen. Dabei kann es durchaus ratsam sein, die Proteste „gegen“ die Energiewende positiv (unter Umständen euphemistisch) als Gestaltungswille zu interpretieren. In diesem Sinne ist die Dimension der Kulturverträglichkeit als eine weitere Säule der Nachhaltigkeit einzufordern. Es wird also über Werte verhandelt werden. Bereits dies würde der Soziologe Georg Simmel als eine Form der Vergesellschaftung bezeichnen. Die Fähigkeit zum Kompromiss, die aus dem „Streit“ hervorgeht, bezeichnet Simmel als „eine der größten Erfindungen der Menschheit“ (Simmel 1908). Er meint dabei nicht weniger, als dass die Fähigkeit zur Affektkontrolle und zur Verhandlung über Bedürfnisse ein zentrales zivilisatorisches Merkmal des Menschseins darstellt. Kompromisse werden auf Basis einer Antizipation unbekannter Zukünfte ausgehandelt – sie sind daher auch keine auf Dauer gestellten Lösungen, sondern stets offen für weitere Verhandlungen. Die Energiewende wird zeigen, wie nötig dies ist.

Literatur

Hajer, M.: Ökologische Modernisierung als Sprachspiel. Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel. In: Soziale Welt. 48. Jahrg., H. 2 (1997), 107-131.

Koselleck, R.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a. M. 1989.

Koselleck, R.: Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. Frankfurt a. M. 2006.

Simmel, G.: Der Streit. In: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin 1908 (1. Auflage), 186-255. Online unter http://socio.ch/sim/soziologie/soz_4.htm (Letzter Zugriff: 18.10.2017).

Wehling, P.: Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien. Frankfurt a.M./New York 1992.